



Prof. Dr. Ulrich Sarcinelli

Die schöne neue Web-2.0-Welt – Wege zu einer demokratischen Öffentlichkeit?

Demokratische Öffentlichkeit zwischen Selbstaufklärung und Verfall



Mit neuen Technologien verbinden sich nicht selten hochfliegende Erwartungen ebenso wie kulturkritische Untergangsszenarien. Das gilt auch für das Internet und vor allem für das Web 2.0. Sehen darin die einen die vorläufig letzte Stufe der Entfremdung des Menschen, so erhoffen sich die anderen einen technologischen Quantensprung für die Beteiligung des Menschen am gesellschaftlichen und politischen Leben. Der Beitrag reflektiert die Chancen und Probleme des Web 2.0 als sogenanntes Mitmachmedium. Er verweist auf die Kommunikations- und Interaktionspotenziale und skizziert bisherige Erfahrungen in der Nutzung des Web 2.0 in Deutschland und darüber hinaus.

„Schöne neue Welt“ (im Original: *Brave New World*), dieser Buchtitel von Aldous Huxley aus dem Jahr 1932 ist längst zur Metapher für die Ambivalenz utopischer Gesellschaftsentwürfe geworden. Im Zuge fortschreitender Modernisierung und technologischer Entwicklungssprünge muss denn auch die „Schöne neue Welt“ immer mal wieder als Menetekel erhalten mit dem Tenor: Der Mensch droht zum konditionierten Wesen zu werden mit der teuflischen Wirkung, dass die ihn umgebende Technologie ebenso beglückt wie entmündigt.

So nachhaltig die Resonanz des Weltbestsellers immer noch sein mag, ganz neu war und ist die mit dieser Publikation verbundene Weltsicht keineswegs. Denn zu allen Zeiten mobilisierten technologische Entwicklungsschübe die Phantasie der jeweiligen Zeitgenossen. Das gilt in Richtung apokalyptischer Befürchtungen ebenso wie mit Blick auf aufklärerische Hoffnungen. So kann man denn auch im Zusammenhang mit dem Beitrag, den das Web 2.0 als Medium einer neuen demokratischen Öffentlichkeit für die Demokratieentwicklung und für den Abbau von Demokratiedefiziten leisten kann oder leisten sollte, keinen geringeren als den Aufklärungsphilosophen *Immanuel Kant* in Anspruch nehmen: Wenn man ihm nur die Freiheit lasse, könne ein Publikum durchaus sich selbst aufklären. Dem einzelnen Menschen sei es schwer, sich selbst aus der zur Natur gewordenen Unmündigkeit zu befreien. Mit dieser Antwort auf die Frage, was Aufklärung sei, verweist der Königsberger Philosoph dann auf den Ort, an dem sich die Selbstbefreiung des Menschen aus seiner Unmündigkeit vollzieht – die Öffentlichkeit. Auf ihr ruhen alle Hoffnungen für Aufklärung und Selbstaufklärung des Publikums in der Vergangenheit, aber auch in Gegenwart und Zukunft.

Das Kant'sche Pathos von Aufklärung und Selbstaufklärung durch Öffentlichkeit schwingt durchaus auch mit in einem Antrag der Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/ Die Grünen im Deutschen Bundestag, in dem die Einsetzung der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ gefordert wird: „Das Internet ist das freiheitlichste und effizienteste Informations- und Kommunikationsforum der Welt und trägt maßgeblich zur Entwicklung einer globalen Gemeinschaft bei“, so die lapidare Einschätzung der Fraktionen in der entsprechenden Bundestagsdrucksache (vgl. Bundestagsdrucksache 17/950: 1). Speziell zur Bedeutung des Internets für Gesellschaft und Demokratie wird auf „Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der eGovernmentdienstleistungen und des eParlamentangebotes des Deutschen Bundestages“, auf „Open-Data-Strategien für einen freien Zugang zu staatlichen Informationen“, auf „soziologische Auswirkungen der Digitalisierung auf den Einzelnen und die Gesellschaft“ sowie auf „Möglichkeiten für neue Formen der Teilhabe, der Bürgerbeteiligung und Nutzung neuer Partizipationsformen“ (ebenda: 3) verwiesen.

Dieser Aufklärungsoptimismus gegenüber medialen Möglichkeiten ist eher neu, wenn man etwa an den gar nicht zu überschätzenden Einfluss von *Jürgen Habermas'* historisch ausgreifendem Klassiker zum „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ (Habermas 1971) denkt. In dieser gerade auch für die 68er Bewegung wichtigen Referenzstudie wird Öffentlichkeit als ein kontinuierlicher Verfallsprozess kritisiert; ein Abstieg von der bürgerlichen Öffentlichkeit des rasonierenden, aufgeklärten Publikums, hin zum konsumierenden Publikum der modernen Massenpublizistik. Als regulative Idee benennt Habermas zugleich die Kriterien, an denen sich die Sphäre einer demo-



kratischen Öffentlichkeit messen lassen muss: prinzipielle Zugangsoffenheit, Ebenbürtigkeit der Beteiligten, Offenheit der Themenwahl und Unabgeschlossenheit des Teilnehmerkreises.

Krisensymptome und Beteiligungschancen

Sind es nicht gerade diese Kriterien, welche die Kant'sche Utopie einer durch neue technologische Standards emanzipierten Bürgerschaft, eines alle einschließenden Publikums, realisierbar erscheinen lassen? Bietet nicht die „Schöne neue Welt“ (Aldous Huxley) der – wieder einmal – „Neuen Medien“ in Form der Weiterentwicklung des Internets im Web 2.0 historisch erstmals die Chance, dass Öffentlichkeit nicht mehr allein von den Massenmedien, von den Akteuren des politisch-administrativen Systems und von organisationsstarken Interessen ‚gemacht‘ wird, sondern als *Artikulationsbühne einer aufgeklärten Aktivbürgerschaft* ‚entsteht‘?

Gerne wird das Internet als eine – nahezu – barrierefreie, zeit- und kostengünstige Plattform dargestellt, die zur Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben in einer Demokratie befähigt; einer Demokratie, die sich in der Krise befindet und die inzwischen bereits als „postparlamentarische Demokratie“ (Benz 1998) oder gar als „Postdemokratie“ (Crouch 2008) apostrophiert wird? Gemeinsam ist den Krisenanalysen, dass sie bereits die Vorboten eines nachdemokratischen Zeitalters am Horizont zu erkennen meinen. Im Blick ist eine Demokratie, in der die herkömmlichen Institutionen des demokratischen Rechtsstaats zwar fortexistieren, tatsächlich aber geschwächt sind. Die maßgebliche Politik wird demgegenüber von anderen gemacht mit der Folge, dass die Verfahren der Legitimationsbeschaffung als unzureichend angesehen werden. Dabei stehen die Medien im Fokus des besonderen Interesses. Sie gelten, wenn nicht als Problemverursacher, so doch als Problemverstärker, zugleich aber auch als Gewinner der Krise.

Den Mediengewinnen stehen, so ein verbreiteter Eindruck, Institutionenverluste gegenüber. Registriert wird in diesem Zusammenhang eine tiefgreifende Entfremdung zwischen dem Souverän und seinen Repräsentanten und der Verlust des Vertrauens vor allem in die etablierten Akteure der politischen Willensbildung und Interessenvermittlung, seien es Parteien oder andere für politisch-weltanschauliche Orientierung relevante Großorganisationen. Der Vertrauensverlust betrifft allerdings nicht mehr nur die Performance der aktuellen politischen Mehrheit. Er hat inzwischen auch die demokratischen Institutionen des Staates erreicht, wie eine Vielzahl empirischer Befunde belegen.

Mehr denn je scheint die Sorge begründet, dass die befriedende Wirkung der „Legitimation durch Verfahren“, in welchem „global gewährte Unterstützung gegen Befriedigung im Großen und Ganzen“ (Luhmann 1983: 166) eingetauscht wird, alleine nicht mehr trägt. Es häufen sich Fälle, dass selbst lange durchgeplante, in parlamentarischen Gremien verabschiedete

und über viele Instanzen juristisch geprüfte Entscheidungen auf Widerstand stoßen. Das gilt nicht mehr nur für politische Großvorhaben, für die Stuttgart 21 nur ein besonders drastisches Beispiel ist. Sehen die einen in dieser Entwicklung wachsende Störpotenziale für Modernisierung und Fortschritt, so bewerten dies andere als Ausdruck eines selbstbewussten Bürgergeistes verbunden mit erhöhten Beteiligungsansprüchen. Wenn mit dem Internet nun generell und mit dem Web 2.0 im Besonderen neue Formen der Teilhabe und der Bürgerpartizipation verbunden werden, so stellt sich die Frage, was das Web 2.0 denn als so besonders partizipationskompatibel erscheinen lässt.

Das Neue an Web 2.0

Was ist neu an den „Neuen Medien“? Unter dem Begriff „Neue Medien“ werden seit den 1990er Jahren alle elektronischen Medien zusammengefasst. Kennzeichen ist deren rechnergestützte Handhabung, die Digitalisierung der Daten und zunehmend vor allem dann die Chance zur interaktiven Nutzung. Im Gegensatz, mehr und mehr aber auch in Verbindung mit den ‚klassischen‘ Massenmedien Zeitung, Hörfunk und Fernsehen, bietet das Internet eine neue, die verschiedenen Medien verbindende Plattform. Nun handelt es sich beim Internet nicht um ein Massenmedium, sondern um eine *technische Infrastruktur für die Generierung von Medien* – zu nahezu beliebigen Zwecken. Die Herstellung von Öffentlichkeit, die Bildung eines Resonanzbodens für politisch relevante

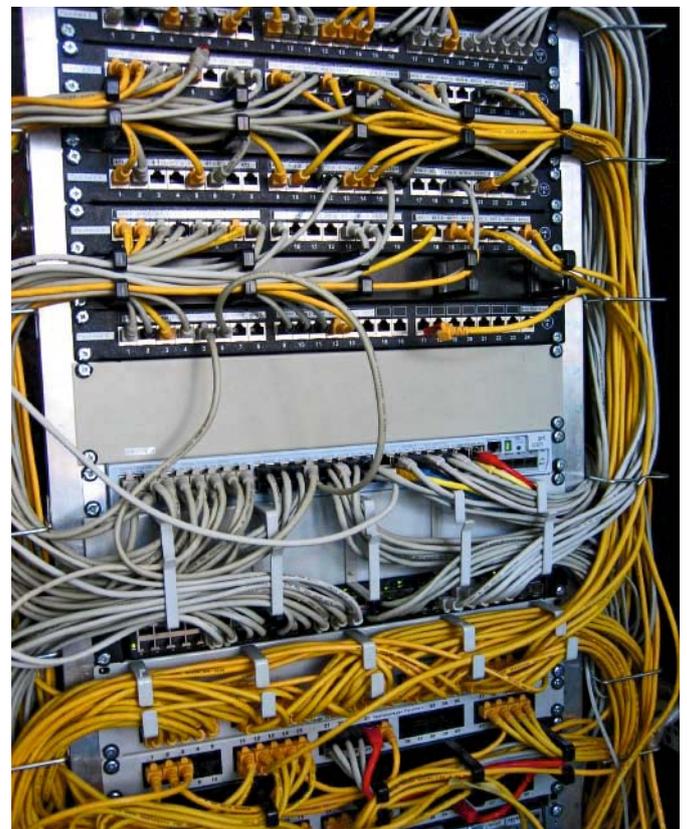


Abb. 1: Ganz wichtig im WWW: den Überblick behalten (Foto: Jost)



Informationen und Meinungen ist dabei nur eine der ansonsten überwiegend Wirtschafts- und Unterhaltungsinteressen folgenden Nutzungsmöglichkeiten.

Blickt man zurück, so zeigt die Geschichte auch der Medien, dass technologische Entwicklungsschübe nicht mehr reversibel sind. Für die mit der Digitalisierung verbundene Entwicklung gilt dies allemal. Sie ist ein inzwischen universal diffundiertes Operationsprinzip, das längst auch die traditionellen Massenmedien erreicht hat. Begreifen diese sich doch mehr und mehr als Content-Provider, indem sie die neuen internetgestützten Plattformen und Vertriebswege, vielfach gegen entsprechende Bezahlung, nutzen. Beeinflusst diese Entwicklung inzwischen auch Produktion und Qualität massenmedialer Inhalte, so könnte sich der Schritt zum Web 2.0 einmal als *historischer Quantensprung* mit heute noch nicht absehbaren medialen, gesellschaftlichen und politischen Folgen erweisen.

Web 2.0 ist keine neue technische Ausführung des World Wide Web (WWW). War das Web 1.0 noch aus Seiten zusammengesetzt, die über Hypertext verlinkt sind und von zumeist institutionellen Anbietern vorgehalten werden, so konstituiert sich das Web 2.0 ausschließlich aus dem, was Menschen im Netz offerieren und wie sie sich miteinander verbinden. Das Web 2.0 unterscheidet sich vom Web 1.0 folglich durch eine andere Internetlogik. Es fungiert nicht mehr als bloße Angebotsplattform, sondern stellt eine *Anwendungsumgebung für Kommunikation, Interaktion und Partizipation* zur Verfügung. Kurz: Das Web 2.0 besteht ausschließlich aus dem, was die Nutzer aus ihm und mit ihm machen.

Bietet das Web 2.0 damit nicht gerade die ideale Plattform für die Generierung einer demokratischen Öffentlichkeit? Unverkennbar entwickelt sich das Internet mit dem Web 2.0 von einer starren Informationsquelle weg und hin zu einem interaktiven Mitmachmedium. Jeder Nutzer kann zugleich ein potenzieller Sender sein, der Inhalte in das Netz einspeisen („User Generated Content“) und mit anderen Inhalten, Sendern und Empfängern verknüpfen kann. Nutzergeneriert, interaktiv und beliebig vernetzend hält das Web 2.0 zudem Internetapplikationen mit einer Vielzahl von Gestaltungs- und Kommunikationsmöglichkeiten bereit. Zentrale Elemente des Web 2.0 sind also *Mitmach-Plattformen*. Sie unterstützen das Kreieren von User Generated Content (z.B. soziale Netzwerke wie Facebook, Plattformen wie YouTube etc.) sowie neue interaktive Kommunikationsinstrumente wie beispielsweise Chats, Podcasts, Weblogs und Wikis. Verbunden damit ist eine neue aktive Rolle der Anwender, zumindest sind die technologischen Voraussetzungen dafür vorhanden.

Die Bürger als Web-2.0-Akteure und als Nutzer

Bevor es die grundsätzliche Frage nach den zu erwartenden politischen Folgen zu beantworten gilt, soll noch kurz ein Blick

auf die Akteure dieser ‚Schönen neuen Web-2.0-Welt‘, also die Bürger als Internetnutzer und als Internetaktivisten, geworfen werden. Idealtypisch vereinfachend ließe sich hier unterscheiden zwischen dem *Internet-Citoyen* und dem *Internet-Bourgeois*. Abgesehen davon, dass es auch im digitalen Zeitalter noch einen hohen Prozentsatz an Internetverweigerern gibt, sollte diese Typenbildung nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich dabei um spezifische Rollen bzw. Nutzungsweisen handelt, die sich nicht wechselseitig ausschließen. Nimmt man den Internet-Citoyen als den informationsorientierten Staatsbürger und den Internet-Bourgeois als einen primär unterhaltungsorientierten Zeitgenossen, so dürfte es sich in der Realität zumeist um spezifische Mischungen handeln, also der Nutzung und Produktion politisch relevanter einerseits sowie privater und unterhaltender Informations- und Kommunikationsangebote andererseits. Eine nüchterne Betrachtung muss in Rechnung stellen, dass sich die Aufmerksamkeitsökonomie der Bürger mit Blick auf die Politik auch in der digitalen Welt nicht grundsätzlich ändern dürfte.

Auch wenn es kaum aussagekräftige Langzeit-Panels gibt, so interessiert doch, auf welche Befunde Nutzeranalysen verweisen (vgl. zu den nachfolgenden Daten die Nachweise bei: Sarcinelli 2011: Kap. 3.5). Den ARD/ZDF-Onlinestudien zufolge nutzten im Jahr 2009 gut zwei Drittel der Erwachsenen in Deutschland zumindest ab und an das Internet. Blickt man zehn Jahre zurück, so ergibt sich gegenüber dem Jahr 1999, in dem die gelegentliche Internetnutzung noch deutlich unter einem Fünftel der erwachsenen Bevölkerung lag, eine Zuwachsrate von knapp dem 2,8-Fachen. 1999 griffen lediglich 11,2 Millionen Erwachsene mehr oder weniger regelmäßig auf das Internet zu. Im Jahr 2009 waren es bereits 43,5 Millionen. Auffällig ist dabei, dass die 14- bis 29-Jährigen schon seit Jahren die Gruppe mit der höchsten Internetverbreitung bilden.

Diese pauschalen Daten sagen noch wenig aus. Denn trotz relativ starker Internetnutzung in Deutschland informierten sich im Jahr 2009 „nur“ 29 Prozent aller Wahlberechtigten im Internet über Politik, während immer noch zwei Drittel ihre politischen Informationen über die Tageszeitung und das öffentlich-rechtliche Fernsehen einholten. Dies ergab eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts dimap im Auftrag der Initiative ProDialog.

Nach der ARD/ZDF-Onlinestudie 2010 informieren sich inzwischen 58 Prozent über das Neueste vom Tage im Netz. 2007 waren es noch 46 Prozent der Onlinenutzer. Zwar zeigt die Nutzerstatistik, dass die Technik immer größere Teile des Alltags gerade junger Menschen beansprucht. Doch auch das „Heranwachsen mit dem Social Web“ scheint bei der „Netzgeneration“ für das Verhältnis zwischen Mensch und Medium weniger prägend als vielfach angenommen. Für die Heranwachsenden eröffnet das Internet keine neue Welt, sondern nützliche Erweiterungsmöglichkeiten der alten, so das Fazit einer aktuellen Studie.



Auch wenn Tageszeitung, Fernsehen und Radio als politische Informationsquellen leicht an Reichweite verloren haben, kann nur von einem langsam voranschreitenden digitalen Wandel die Rede sein. Deutschland orientiert sich nach wie vor sehr stark an der historisch gewachsenen Leitmedienkultur. Diese wird vor allem von der meinungsführenden überregionalen Presse, von Hörfunk und Fernsehen bestimmt. Der Grad der *medialen Fragmentierung* ist weniger ausgeprägt als in anderen (post)modernen Industrienationen wie beispielsweise in den USA.

Darüber hinaus erweist sich die politische Information über das Internet größtenteils als Rezeption der klassischen Medien „in neuem Gewand“. Knapp zwei Drittel der Wahlberechtigten informierten sich 2009 auf den Nachrichtenportalen der Printmedien über Politik, weniger als ein Drittel auf den Nachrichtenportalen des Fernsehens. Alle anderen Möglichkeiten, die das Internet bietet (z.B. Webseiten sozialer Netzwerke, Webseiten von NGOs, Weblogs, Webseiten von Regierungsstellen oder Parteien etc.), spielten nur für kleinere Gruppen eine nennenswerte Rolle.

Zukunftsmusik oder öffentlichkeitsrelevanter Faktor

Ist die ‚Schöne neue Web-2.0-Welt‘ also gerade auch in politischer Hinsicht mehr Zukunftsmusik als ein öffentlichkeitsrelevanter Faktor der Gegenwart? Eindeutig ja, zumindest in Deutschland. Aber die Entwicklung könnte schneller voranschreiten als Skeptiker vermuten. Dabei sollte der nahe liegende Verweis auf Barack Obamas erfolgreichen, freilich in einer anderen Parteienlandschaft und politischen Kultur praktizierten, *Internet-Wahlkampf* nicht über die strukturellen Beharrungskräfte der deutschen Parteiendemokratie hinwegtäuschen. Denn die vorschnelle – vielfach mit dem Stichwort „Amerikanisierung“ verbundene – Übertragung von Erfahrungen und Praktiken mit interaktiven Medien aus einem anderen gesellschaftlichen und politischen Kontext auf deutsche Verhältnisse erweist sich auch hier als wenig hilfreich.

Dennoch: Die mit Web 2.0 verbundenen Möglichkeiten zu mehr Kommunikation, Interaktion und Partizipation sind – aus technologischer Sicht jedenfalls – vorhanden. Sie werden jedoch nicht, vielleicht noch nicht, umfänglich genutzt, jedenfalls überwiegend nicht zu politischen Zwecken. Das gilt für die gesellschaftlichen und politischen Organisationen im Hinblick auf die Bereitstellung von Informationen sowie hinsichtlich der Möglichkeiten, mit der interessierten Öffentlichkeit in Kontakt zu treten. Und es trifft auf die Internetnutzer zu, auf multimediale Angebote zu reagieren oder solche selbst zu generieren.

So nutzten die Parteien im *Superwahljahr 2009* die technischen Neuerungen vor allem als Experimentierfeld. Eine mit aller Konsequenz durchdachte Strategie zur Information, Kom-

munikation und vor allem Partizipation war hingegen nicht erkennbar. Dies lag vermutlich nicht nur an den begrenzten Verarbeitungskapazitäten in den Parteizentralen und an generellen Unsicherheiten, was den Umgang mit den Neuen Medien angeht. Vielmehr scheinen auch die derzeitigen Strukturen institutionalisierter Willensbildung und Entscheidungsfindung der Parteiendemokratie in Deutschland kaum kompatibel mit einer breiten Umstellung auf internetgestützte Mobilisierung und Partizipation. Ganz abgesehen von der Frage, ob eine – möglicherweise noch auf Dauer gestellte – breite Bürger-Politik-Interaktion überhaupt gewünscht ist. Denn jede intensive Bürger-Politik-Interaktion bedeutet, sofern sie ernst gemeint ist, zugleich auch Machtverzicht.

Kontrollverlust und Machtverzicht durch Web 2.0

Ob im Jahr 2013 mit dem ersten „echten“ Onlinewahlkampf zu rechnen sein wird, bleibt offen. Jedenfalls haben es die Parteien 2009 (bis auf wenige Ausnahmen) nicht in nennenswerter Weise geschafft, interessante Mitmach-Aktionen anzubieten und die Bürger über das Netz hinaus für eigene Aktivitäten in nennenswerter Weise zu mobilisieren. Viel zu groß scheint noch immer die Angst vor politischen Kontrollverlusten und Machtverzicht. Ein breit angelegter, internetgestützter politischer Dialog – technisch möglich war er wohl im Wahlkampf noch nicht einmal politisch gewünscht. Ganz abgesehen davon, dass die Präsenz im Web 2.0 und *politisch relevante Mitmach-Aktivitäten*, sofern sie überhaupt schon vorhanden sind, zu stark auf Wahlkämpfe oder ähnliche Großereignisse ausgerichtet sind.

Es wäre illusorisch zu meinen, mit Web 2.0 ließe sich politische Mobilisierung einer breiten Öffentlichkeit auf Dauer stellen. Das Aktivierungspotenzial ergibt sich nicht aus der Technik selbst, sondern aus der mit konkreten Konfliktlagen verbundenen Betroffenheit und einem daraus resultierenden Kommunikations- und Interaktionsinteresse. Wird ein auf Dauer gestellter Dialog von Internetnutzern und insbesondere von Web-2.0-Usern überhaupt gesucht? Alle Nutzeranalysen zeigen, dass einer kleinen Gruppe von Mitmachaktivisten die breite Masse bloßer Rezipienten gegenübersteht. Dem Prinzip von Aktivität und Teilhabe sowie den Möglichkeiten des *User Generated Content* fühlen sich bisher nur die wenigsten verpflichtet. So ist der Anteil derer, die Web-2.0-Angebote aktiv nutzen, indem sie beispielsweise Beiträge für Wikipedia verfassen oder Videos bei YouTube einstellen, im Vergleich zum Anteil derer, die diese Angebote passiv nutzen, noch immer sehr gering. Ganz abgesehen davon, dass es sich dabei überwiegend nicht um gesellschaftlich und politisch relevante Informationen handelt. Und selbst unter den Aktiven war 2009 nicht immer ein ernsthaftes Interesse an mehr Dialog, Interaktion und Partizipation zu erkennen. Oftmals dienen die Portale dazu, um – mehr oder weniger anonym – die eigene Unzufrie-



Abb. 2: Unterwegs im Web 2.0 – ein Drahtseilakt? (Foto: Jürgen Bitter)

denheit mit der politischen Lage in Deutschland zu äußern. Vergleichsweise gering erscheint hingegen nach bisherigen Erfahrungen das Interesse an politisch relevanten Dialogen mit anderen Internetnutzern, mit Wählern oder mit den Parteien.

Zur Ambivalenz des Internets

Was also bleibt von den Aussichten auf die ‚Schöne neue Web-2.0-Welt‘? Wird das Internet zur Plattform für gesellschaftliche und politische Emanzipation oder aber zum Werkzeug von Kontrolle und Unterdrückung? Die Frage lässt sich deshalb nicht eindeutig beantworten, weil das technologische Potenzial selbst ambivalent ist. Kein Zweifel, dass *Twitter* und *Facebook* als schnelles Nachrichten- und Mobilisierungsmedium etwa die Rebellion im Iran, in Tunesien oder auch Ägypten befeuert haben. Aber Facebook macht keine Revolution, wo der geistige, soziale und politische Nährboden fehlt, den das Internet nicht selbst schaffen kann. Es bedarf einiger Leitfiguren, die den Protest bündeln, organisieren und steuern, bevor es dann über den virtuellen Protest hinaus zu einem Aufbegehren kommen kann. So warnt der weißrussische Blogger und Netzkritiker Evgeny Mozorov vor einem Technikfetischismus im Zusammenhang mit Revolutionen: „Die tatsächliche Geschichte erfolgreicher Volkserhebungen neigt dazu, die gewöhnlich der Technik zugeschriebene Schlüsselrolle in den Hintergrund zu rücken“ (Mozorov 2011).

Auch bietet das Internet, trotz plumper (z.B. im Iran) oder ‚intelligenter‘ (z.B. in China) Zensur immer wieder die Möglichkeit der Informationsbeschaffung und -weitergabe in totalitären Regimen, wenn die Arbeit professioneller Medien unmöglich gemacht wird. Die Erfahrung zeigt, dass die internetgestützte Selbstorganisation einer kritischen Gegenöffentlichkeit totalitäre Staaten zu massiven Repressionen veranlasst, nicht nur im Iran, sondern auch in Singapur, in China, in Staaten des Nahen Ostens und anderswo.

Dass das Internet langfristig die Strukturen des Öffentlichen (und des Privaten), aber auch die Funktionsweisen gesellschaftlicher und politischer Kommunikation verändern wird, dürfte unbestritten sein. Rein technologisch bietet Web 2.0 die Chance zu einem – ganz anders als bei Habermas diagnostizierten – ‚Strukturwandel‘ hin zu einer neuen Öffentlichkeit, die nicht allein von professionellen Anbietern ‚gemacht‘ wird, sondern in der sozialen Praxis der Beteiligten ‚entsteht‘. Das ist Last und Chance zugleich. Denn die große Herausforderung ist darin zu sehen, dass sich die bereits vorhandene mediale „*Wissenskluft*“ (knowledge gap) nicht in einer „*digitalen Spaltung*“ (digital divide) der Gesellschaft fortsetzt und vertieft.

Das Repräsentations-/Partizipationsparadox

Dass diese Befürchtung real besteht, ergibt sich aus einem empirisch inzwischen gut gesicherten Paradoxon, das besagt: Mit neuen Möglichkeiten freiwilliger Beteiligung verschärft sich das ohnedies manifeste Problem sozial selektiver Partizipation. Denn es ist vor allem die mit besseren Ressourcen ausgestattete „Aktivbürgerschaft“, welche die erweiterten Beteiligungschancen zu nutzen in der Lage und bereit ist (vgl. Merkel/Petring 2011). Insofern wäre es auch blauäugig, das Internet, auch in Form des Web 2.0, zur Plattform einer technologisch eleganten Gemeinwohlfindung zu stilisieren. Demgegenüber ist es nicht mehr als eine der Interessenartikulation dienliche Technologie, im Guten wie im Schlechten. Deshalb bedarf es mehr denn je demokratischer Institutionen zur Gewährleistung eines übergeordneten, gemeinwohldienlichen Interessenausgleichs.

An dem grundsätzlich gegebenen Repräsentations-/Partizipationsparadox ändert auch nichts, dass Web 2.0 die Plattform für eine nie da gewesene Pluralisierung von Sichtweisen und



für die Diversifikation von Öffentlichkeiten bietet. Die schwachen Bindungen der sozialen Medien des Web 2.0 – dabei sein, ohne sich besonders verpflichten zu müssen – mögen durchaus den Entwicklungstrends moderner Gesellschaften entsprechen. Weil sich aber, wie schon heute beobachtbar, Privates und Öffentliches, Relevantes und Irrelevantes, Ernstes und Unterhaltendes gerade im Internet zunehmend mischen, gewinnt die Frage nach den Maßstäben neue Bedeutung. Das gilt vor allem dann, wenn die Orientierungsfunktion professioneller journalistischer Informationsselektion und -verarbeitung weiter an Bedeutung verlieren sollte.

Mitgestaltungswillen und Mitgestaltungschancen

Für die Zukunft der ‚Schönen neuen Web-2.0-Welt‘ wird es letztlich nicht nur auf den politischen *Mitgestaltungswillen* einer aktiven bzw. zu aktivierenden Bürgerschaft ankommen. Vielmehr müssen auch die politisch-institutionellen *Mitgestaltungschancen* geschaffen werden. Notwendig ist deshalb die Entwicklung von Gelegenheitsstrukturen, die der internetgestützten Deliberation und Partizipation im demokratischen Willensbildungs- und Entscheidungssystem angemessen Raum geben.

Zusammengefasst bedeutet dies: Der Wandel hin zu einer demokratischeren Öffentlichkeit ist nicht die Folge technologisch zwingender Entwicklungen. Gerade auch mit den neuen Möglichkeiten des Web 2.0 muss er erkämpft werden, weil sich mit wachsenden Kommunikations- und Interaktionsansprüchen auch politischer Kontrollverlust und die Erwartung von Machtteilhabe verbinden. Letztlich wird auch das Internet kein Allheilmittel zur Beseitigung von Demokratiedefiziten

sein können, auch nicht im kommunikations- und interaktionsfreundlichen Format des Web 2.0. Eine emanzipatorische und demokratisierende Funktion wird sich mit ihm nur dann realisieren lassen, wenn es gelingt, das über Web 2.0 durchaus generierbare „soziale Kapital“ (Robert Putnam) in politisches Kapital zu transformieren.

Prof. Dr. Ulrich Sarcinelli

Professor für Politikwissenschaft und Vizepräsident an der Universität Koblenz-Landau

Der Beitrag stellt die stark erweiterte und überarbeitete Fassung des Aufsatzes „Schöne neue Web-2.0-Welt“. In: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 7/8 – 2010, S. 29-32 (von Ulrich Sarcinelli und Simone Unger) dar.

Quellen:

Benz, A. (1998): Postparlamentarische Demokratie? Demokratische Legitimation im kooperativen Staat. In: Greven, M. T. (Hg.): *Demokratie – eine Kultur des Westens?* Opladen, S. 201-222.

Crouch, C. (2008): *Postdemokratie*. Frankfurt am Main.

Cusack, T. R. (1999): Unzufriedenheit der deutschen Bevölkerung mit der Performance der Regierung und des politischen Systems. In: Kaase, M./Schmid, G. (Hg.): *Lernende Demokratie. 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland*. Berlin, S. 237-261.

Habermas, J. (1971): *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Neuwied.

Luhmann, N. (1983): *Legitimation durch Verfahren*, Frankfurt am Main.

Merkel, W./Petring, A. (2011): *Partizipation und Inklusion*. In: <http://www.demokratie-deutschland-2011.de/partizipation-und-inklusion.php>

Mozorov, E. (2011): *Tweets geschickt, Diktatoren gestürzt?* In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 7. März 2011, S. 25.

Sarcinelli, U. (2011): *Politische Kommunikation in Deutschland*. Medien und Politikvermittlung im demokratischen System. Wiesbaden (3. erw. u. überarb. Auflage).

Am 2. August 2011 verstarb im Alter von 90 Jahren der langjährige Vorstandsvorsitzende und Ehrenvorsitzende des vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V.

Walter Englert

In großer Trauer und tief bewegt nehmen wir Abschied von einem Mann, der in den Jahrzehnten seines Wirkens den Verband entscheidend mitgeprägt hat. In seiner Arbeit war er der Idee besonders verbunden, für viele Menschen die Möglichkeit zu schaffen, Eigentum an Haus und Grund zu erwerben – ein Ziel, für das er in allen wichtigen gesellschaftlichen und politischen Bereichen mit Nachdruck eintrat. Wie nur wenige Menschen hatte Walter Englert die Gabe zu inspirieren. Er hat dadurch unserer Arbeit immer wieder neue Impulse gegeben. Dafür danken wir ihm.

vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V.

Dr. Peter Kurz, Verbandsratsvorsitzender

Peter Rohland, Vorstand